



Positionsbezug vom 28. Januar 2026

## Nein zur SRG-Initiative

**Am 8. März 2026 wird die Schweiz über die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» abstimmen. Die Ostschweizer Kantonsregierungen lehnen die Vorlage entschieden ab. Mit der starken Reduktion der finanziellen Mittel könnte die SRG ihren Service-public-Auftrag in den Regionen nicht mehr ausreichend erfüllen. Die regionale Berichterstattung würde massiv reduziert und damit die demokratische Meinungsbildung und die Kohäsion in der Schweiz geschwächt. Die Berichterstattung ist für die politische Information und Willensbildung in den Kantonen von grosser Bedeutung.**

Mit der Initiative soll Art. 93 Abs. 6 der Bundesverfassung (SR 101) dahingehend geändert werden, dass der Bund eine Abgabe von Fr. 200.– je Jahr statt heute Fr. 335.– erhebt. Juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen sollen künftig von der Abgabe befreit sein. Weiter soll die SRG mit den reduzierten finanziellen Mitteln in allen Sprachregionen nur noch Radio- und Fernsehprogramme anbieten, die einen «unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit» erbringen.

Die Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass die SRG ihre Fixkosten stark reduzieren müsste und sich aus den Regionen zurückziehen würde. Das Ergebnis wäre eine distanzierte und nationalere Berichterstattung und weniger Aufmerksamkeit für die Berichterstattung zu kantonalen Themen. Es käme zur Schwächung der Regionen, die sich zusätzlich nachteilig auf die Sprachminderheiten und Randregionen auswirken würde. Die Initiative birgt daher gewichtige Risiken für die demokratische Meinungsbildung und Willensbildung in den Kantonen und Regionen.

Für die Ostschweizer Kantone ist unbestritten, dass ein starker medialer Service public eine Schlüsselrolle für die demokratische Meinungsbildung spielt. Nur wenn die Bevölkerung in allen Landesteilen verlässlich auch über das regionale Geschehen informiert wird, kann eine fundierte Meinungsbildung stattfinden. Die regionale Berichterstattung der konzessionierten Radio- und Fernsehstationen im Allgemeinen und der SRG im Besonderen spielen dabei eine zentrale Rolle – gerade für die Schweizer Sprachregionen sowie für das Berggebiet und die ländlichen Regionen. Mit der aus der Initiative resultierenden Reduktion der finanziellen Mittel würde der regionale mediale Service public nicht mehr zufriedenstellend sichergestellt werden können.

Mit der Annahme der Initiative wäre eine Minimierung der Präsenz in den Sprachregionen unvermeidlich. Dies würde die lateinischen Sprachregionen besonders hart treffen. Sowohl Radiotelevision Svizra Rumantscha (RTR), als auch Radiotelevisione svizzera di lingua italiana (RSI) spielen eine zentrale Rolle, indem sie zur Förderung des Spracherhalts und zu angemessenen Informationsversorgung beitragen.

Nicht zuletzt gefährdet die Initiative den Zusammenhalt in der Schweiz. Die SRG leistet einen wichtigen Beitrag. Ihre national koordinierte Struktur fördert den Austausch und das gegenseitige Verständnis zwischen den Sprachregionen. Diese Klammerfunktion zwischen unterschiedlichen

### **Ostschweizer Regierungskonferenz**

Geschäftsstelle  
c/o Staatskanzlei  
Regierungsgebäude  
9001 St. Gallen

Telefon +41 58 229 32 18  
Mail [ork@sg.ch](mailto:ork@sg.ch)  
[www.ork-ostschweiz.ch](http://www.ork-ostschweiz.ch)



Kulturen und Identitäten ist ein grundlegendes Element des schweizerischen Staatsverständnisses und verdient deshalb besondere Beachtung.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Der Bundesrat anerkennt aber einen gewissen Handlungsbedarf. Daher hat er einen Gegenvorschlag auf Verordnungsstufe beschlossen. Damit will er die Haushalte und die Wirtschaft finanziell entlasten. Die jährliche Haushaltsabgabe soll bis zum Jahr 2029 schrittweise auf Fr. 300.– reduziert werden und die Limite für die Entrichtung der Unternehmensabgabe von heute Fr. 500'000.– Jahresumsatz auf 1,2 Mio. Franken erhöht werden. Damit muss die SRG bereits rigorose Einsparungen vornehmen. Die SRG-Initiative hätte hingegen noch viel einschneidendere Konsequenzen für die Medienlandschaft zur Folge.